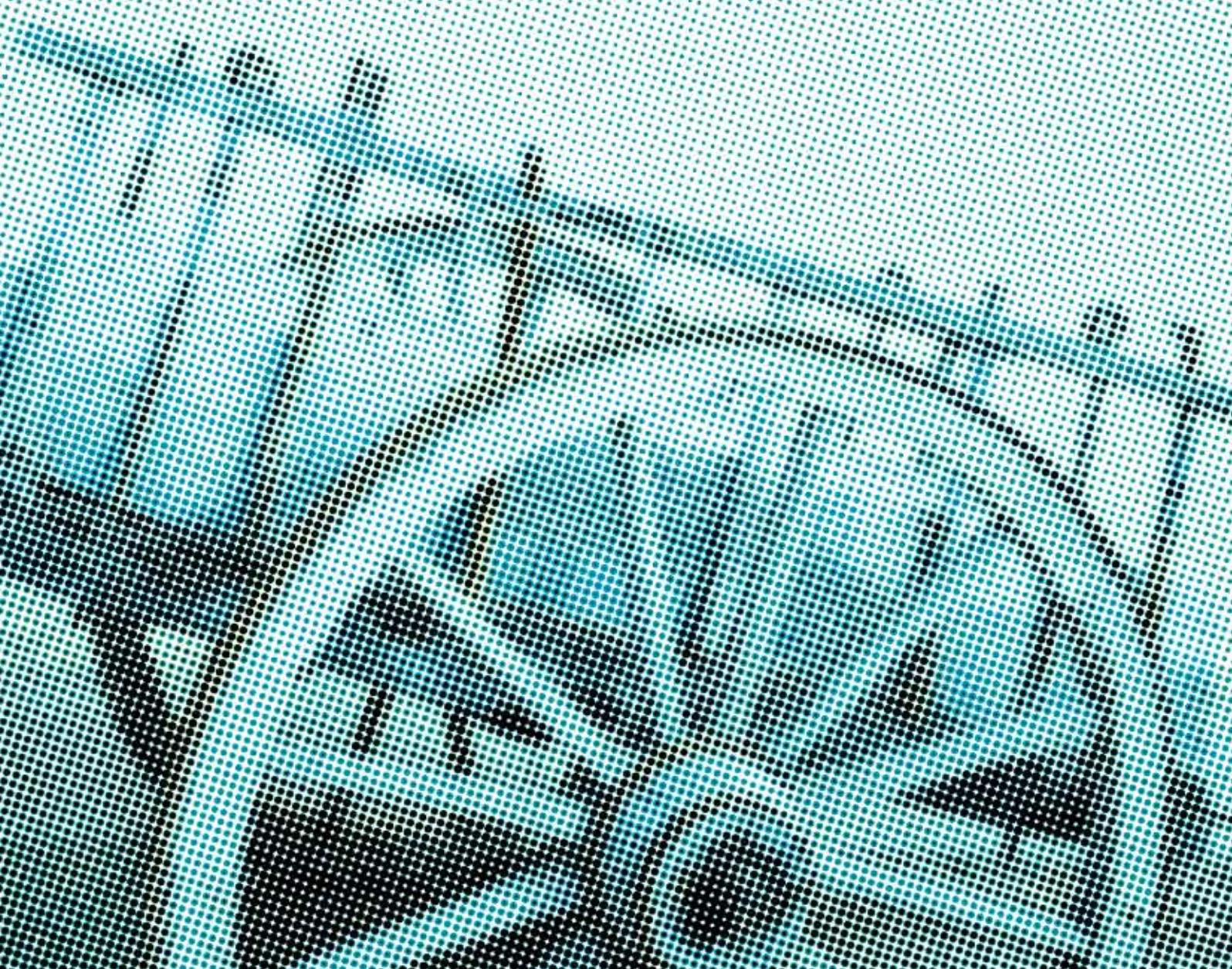


**EINE BROSCHÜRE VOM ARBEITSKREIS
GESCHICHTSPOLITISCHE INTERVENTIONEN**

JENSEITS VON STEINBACH

**ZUR KONTROVERSE UM EIN VERTREIBUNGSZENTRUM
IM KONTEXT DES DEUTSCHEN OPFERDISKURSES**



Herausgeber

Arbeitskreis Geschichtspolitische Interventionen (AGI)
Berlin 2010

Kontakt

agi.berlin@googlemail.com

Redaktion und Texte

Lars Breuer, Astrid Homann, Julia Stegmann, Sibylle
Volz, Katharina Zeiher

Layout

Julia Schnegg, juliaschnegg@googlemail.com

Veröffentlichungsvorbehalt

Alle Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck,
Übersetzung und Vervielfältigung sowie Veröffentlichung
im Internet o.ä., auch auszugsweise, in linken und be-
freundeten Medienprojekten sind gern gesehen, bedürfen
allerdings der Absprache mit der Redaktion.

INHALT

Editorial	4
Von der Initiative Zentrum gegen Vertreibungen zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	5
<i>Astrid Homann</i>	
Info: Der Bund der Vertriebenen	6
Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	7
<i>Lars Breuer</i>	
Info: Wie wird man »Vertriebene/r«?	8
Jenseits von Steinbach. Geschichtspolitik um das Vertreibungszentrum	9
<i>Arbeitskreis Geschichtspolitische Interventionen</i>	
Über die Holocaustisierung des Vertreibungsdiskurses	11
<i>Eva Hahn</i>	
Steinbach will die Geschichte umkrempeln	14
<i>Robert Żurek</i>	
Info: Opferzahlen	15
Das Museum des Zweiten Weltkriegs. Wie man an einem Ort verschiedene europäische Erinnerungen zeigt	16
<i>Paweł Machcewicz und Piotr Majewski</i>	
Lücken im Geschichtsbild Die Ausstellungen des Zentrums gegen Vertreibungen	18
<i>Katharina Zeiher</i>	
Flucht und Vertreibung als Tabu? Über die gegenwärtig 1500 Vertriebenen Denkmäler in der Bundesrepublik	21
<i>Stephan Scholz</i>	
»Vielleicht ist die Trauer um unsere Toten irgendwann größer als unser Hass« Universalisierung der Opfer im Film »Die Flucht«	23
<i>Julia Stegmann und Dagi Knellessen</i>	
Internetseiten und Literatur	25

●●● »Kaum etwas hat sich so in die Seele des deutschen Volkes eingegraben wie das Trauma der Vertreibung. Erinnern wir uns: Jahrhundertlang tolerierten die Deutschen ihre Nachbarn im Osten trotz deren offensichtlicher Polenwirtschaft, doch es wurde ihnen nicht gedankt: 1945 kam es plötzlich und unerwartet zu einem Gewaltexzess von Polen und Tschechen, die durch massive ethnische Säuberungen ihre Grenzen weit nach Westen vorschoben. Die Gründe für dieses in der Menschheitsgeschichte wohl einmalige Verbrechen bleiben bis heute unklar, und die deutschen Ostgebiete bleiben bis heute vertrieben.«¹

Wie so häufig im Leben wurde die oben stehende Satire mal wieder von der Realität übertroffen: »Was haben die Polen bloß gegen diese Frau?« titelte die *Bild*-Zeitung Anfang 2009 im Streit um Erika Steinbach und brachte damit die Selbstgerechtigkeit des deutschen Vertreibungsdiskurses auf den Punkt. Wir, der Arbeitskreis Geschichtspolitische Interventionen (AGI), haben im Juni 2009 darauf mit einigen Veranstaltungen reagiert, bei denen kritische und meist ungehörte Stimmen zu Wort kamen. Die nun vorliegende Broschüre dokumentiert diese Aktivitäten. Den Autorinnen und Autoren sowie allen anderen, die zum Gelingen der Veranstaltungen und dieser Broschüre beigetragen haben, sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt!

Die einführenden Artikel widmen sich dem Vorhaben des *Bund der Vertriebenen* (BdV), ein *Zentrum gegen Vertreibungen* in Berlin zu errichten. Den Weg »Vom Zentrum gegen Vertreibungen zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« erläutert Astrid Homann. Sie beschreibt, wie es dem BdV gelang, sich auf den Schwingen des deutschen Opferdiskurses und mittels einer inhaltlichen Neuausrichtung im gesellschaftlichen Mainstream zu etablieren. Dem aktuellen Stand der Dinge widmet sich der Artikel zur »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.« Lars Breuer schildert, wie der entsprechende Gesetzesentwurf widerstandslos Kabinett und Bundestag passierte, wirft einen Blick auf die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung und die personelle Besetzung ihrer Gremien.

Im Beitrag »Jenseits von Steinbach. Geschichtspolitik um das Vertreibungszentrum« lassen wir unsere bisherigen Aktivitäten Revue passieren.

Die Historikerin Eva Hahn ärgert sich des Weiteren über »Die Holocaustisierung des Vertreibungsdiskurses«. In seinem Text »Steinbach will die Geschichte umkrepeln« beantwortet Robert Żurek die Frage, was »die Polen bloß gegen diese Frau« haben. Die Historiker Paweł Machcewicz und Piotr Majewski stellen das in Gdańsk geplante Museum des Zweiten Weltkriegs vor und erläutern in ihrem Beitrag »Wie man an einem Ort verschiedene europäische Erinnerungen zeigt«. Im Gegensatz dazu stehen die bisherigen Ausstellungen des *Zentrums gegen Vertreibungen*. Katharina Zeiher zeigt deren »Lücken im Geschichtsbild« auf. »Flucht und Vertreibung als Tabu?« fragt Stephan Scholz und entlarvt das im öffentlichen Diskurs beklagte Redeverbot als Mythos. »Vielleicht ist die Trauer um unsere Toten irgendwann größer als unser Hass«, erhofft sich die adelige, deutsche Hauptfigur im Film *Die Flucht* von einem Zwangsarbeiter. Dass ihr dieser Wunsch – zumindest auf dem Bildschirm – erfüllt wird, kritisieren Dagi Knellessen und Julia Stegmann.

Viel Spaß beim Lesen!

Arbeitskreis

Geschichtspolitische Interventionen (AGI)
Berlin im Februar 2010

●●●●●

1 Aus dem Editorial des *Eulenspiegel* 6/09 – Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlags.

VON DER INITIATIVE ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNG

STIFTUNG FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG

Seit einigen Jahren hat sich in Deutschland der Fokus der Erinnerung stärker in Richtung des Kriegsendes verschoben. Immer mehr Menschen entdecken – bestärkt durch mediale Verarbeitungen –, dass auch ihre Familienangehörigen »Vertriebene« waren. Diese Entdeckung verstehen sie als Tabubruch gegenüber der angeblich bisher nicht aufgearbeiteten Geschichte der Leiden der deutschen Zivilbevölkerung. Die »Vorgeschichte« von Flucht und Zwangsaussiedlungen, also der Angriffskrieg, der NS-Terror und die deutsche Täter/innenschaft gelten hingegen als wissenschaftlich und gedenkpolitisch aufgearbeitet. Die Distanzierung vom Nationalsozialismus, von Krieg und Holocaust ist für die meisten Deutschen nicht nur Lippenbekenntnis, sondern Teil des eigenen Selbstverständnisses geworden – auch wenn es häufig an konkretem Wissen darüber mangelt, was der NS-Terror für seine Opfer bedeutete.

Vor diesem Hintergrund gelang es dem *Bund der Vertriebenen* (BdV), sich im gesellschaftlichen Mainstream zu etablieren; inzwischen wird er einhellig als Opferverband anerkannt. Mit der Wahl Erika Steinbachs zur BdV-Präsidentin 1998 setzte eine Strategieveränderung in der politischen Agenda weg von offenen Gebietsansprüchen und einer Leugnung der Kriegsschuld hin zu einer Menschenrechtsrhetorik ein. Der Zusammenhang zwischen Krieg und Zwangsaussiedlungen wird in der Rhetorik des BdV nun nicht mehr negiert, sondern beides als Unrecht auf eine Stufe gestellt.

Die Gründung der Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen* im Jahr 2000 war Teil dieser erfolgreichen Integrationsstrategie. Schon im Namen der Stiftung spiegelte sich die angesprochene Neuausrichtung wider. Indem von »Vertreibungen« im Plural gesprochen wird, werden die Zwangsaussiedlungen der Deutschen in einem europäischen Narrativ des 20. Jahrhunderts verortet, dem so genannten Jahrhundert der Vertreibungen. Die Erfahrungen der »Vertriebenen« werden an die Geschichten der NS-Verfolgten angenähert oder sogar implizit mit diesen gleichgesetzt.

Trotz der Beschreibung von »Vertreibungen« als universellem Phänomen liegt der Schwerpunkt der Stiftung aber auf den Zwangsaussiedlungen

der Deutschen nach 1945. Auf diese Weise werden die Zwangsaussiedlungen selektiv als isoliertes Ereignis aus dem Gesamtgeschehen des Zweiten Weltkriegs und der NS-Vernichtungspolitik herausgelöst. Die dahinter stehenden Motive sind hinreichend bekannt: Schuldabwehr und Täter/innen-Opfer-Umkehr.

Die formal eigenständige Stiftung unter dem Vorsitz von Steinbach (CDU) und dem inzwischen verstorbenen Peter Glotz (SPD) zielte auf die Einrichtung eines Dokumentationszentrums über Vertreibungen in Berlin. CDU und CSU unterstützten dieses Vorhaben. Zudem gewann die Stiftung kritische bzw. unverdächtige Intellektuelle als Fürsprecher/innen, wie Imre Kertesz und György Konrad, zeitweise auch Ralph Giordano.

Die Pläne für ein deutsches *Zentrum gegen Vertreibungen* stießen jedoch auch auf Kritik. Gegen eine Entkontextualisierung der Vergangenheit und eine Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten sprach sich der im Jahr 2003 initiierte Aufruf *Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs*¹ aus, den zahlreiche namhafte Wissenschaftler/innen und Publizist/innen aus dem In- und Ausland unterzeichneten. Zu diesem Zeitpunkt wurde von internationaler geschichtswissenschaftlicher Seite auch ein *Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen* aus transnationaler Perspektive diskutiert. Auf einer Tagung des Deutschen Polen-Instituts und des Historischen Instituts der Universität Warschau wurde in einer Erklärung der Teilnehmer/innen u.a. die Thematisierung des »historischen Kontext von Ursache und Wirkung« als unabdingbarer »Denkanstoß« festgehalten.²

Auch bei der damaligen Bundesregierung aus SPD und Grünen gab es Vorbehalte. Gerade Politiker/innen der SPD bemühten sich zunächst um Alternativen zum national ausgerichteten *Zentrum gegen Vertreibungen*. Anfang 2005 verabredete die damalige Kulturstaatsministerin Christina Weiss mit ihren Kolleg/innen aus Polen, Ungarn und der Slowakei ein *Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität* mit Sitz in Warschau. Ziel des Netzwerkes war es, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und dessen Folgen gemeinsam

wissenschaftlich aufzuarbeiten, zu dokumentieren und zu verbreiten. Ein von Markus Meckel (SPD) initiiertes Aufruf warb für ein *Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsaussiedlungen und Deportationen* mit möglichem Sitz in Wrocław (Breslau). Dieser Aufruf wurde von den polnischen und deutschen Ex-Außenministern Bartoszewski und Genscher sowie von sechzig weiteren Persönlichkeiten unterschrieben.

Diese Vorhaben kamen allerdings jeweils über eine Phase der Konzeption nicht hinaus, da die Große Koalition aus CDU und SPD Ende 2005 dem geplanten »Vertreibungszentrum« im Koalitionsvertrag den Rang eines Regierungsprojekts zu Teil werden ließ. Man einigte sich darauf, an zentraler Stelle in Berlin ein »sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung« zu errichten – letztlich sogar mit Beteiligung des BdV.

2006 zeigte die Stiftung im Berliner Kronprinzenpalais die Ausstellung *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, die im Sinne des dargestellten Diskurses das individuelle Leid der Vertriebenen und die Unteilbarkeit der Menschenwürde be-

tonte. Zum gleichen Zeitpunkt war im *Deutschen Historischen Museum* in Berlin die Ausstellung *Flucht, Vertreibung, Integration* zu sehen, die die Stiftung *Haus der Geschichte* noch im Auftrag der rotgrünen Bundesregierung konzipiert hatte. Letztere gilt im Hinblick auf Konzeption und inhaltliche Ausrichtung als Blaupause für die zukünftige Ausstellung der neuen Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung*. Auch bei dieser Ausstellung spielten der BdV und die Landsmannschaften in der Gestaltung eine zentrale Rolle, da ihre Heimatmuseen, Archive und Gedenkstätten einen großen Teil der Exponate lieferten. Der Zweite Weltkrieg wurde in ein seit Jahrhunderten währendes Kontinuum weltweiter Vertreibungen einsortiert, lediglich eine unkommentierte Bildcollage erinnerte an die nationalsozialistischen Verbrechen.

Astrid Homann



1 www.vertreibungszentrum.de/

2 <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=142>

INFO: BUND DER VERTRIEBENEN

••• *Der Bund der Vertriebenen* (BdV) entstand 1957 durch die Fusion zweier Vertriebenenverbände. Der BdV besteht einerseits aus 16 Landesverbänden, andererseits aus 20 sogenannten Landsmannschaften, die jeweils für ein ehemaliges deutsches Siedlungsgebiet stehen.

Der BdV sieht sich selbst als »der einzige repräsentative Verband der rund 15 Millionen Deutschen« die aufgrund von »Flucht, Vertreibung und Aussiedlung« in die BRD kamen. Damit behauptet der BdV zum einen eine Monopolstellung und zum anderen, für die Gesamtheit der deutschen Vertriebenen zu sprechen. Nach Eigenangaben organisiert der BdV »rund zwei Millionen Mitglieder« – jüngere Presseberichte sprechen jedoch von einer Zahl zwischen 100.000 und 550.000 Mitgliedern. Mitglieder können auch Personen werden, die keinerlei Vertreibungshintergrund haben (so genannte Bekenntnisvertriebene).

Obwohl offiziell »parteilos neutral«, waren zahlreiche zum Teil hochrangige Nationalsozialisten Mitglieder und Funktionäre des BdV. Über Jahrzehnte lehnte der BdV vehement

jegliche Anerkennung der deutschen Nachkriegsgrenzen ab und brandmarkte diese als »Verzicht«. Seit seiner Gründung wird der BdV massiv durch Steuergelder finanziert. Die Summe beläuft sich nach Schätzungen derzeit auf insgesamt ca. 200 Millionen Euro jährlich. Hinzu kommen weitere, projektbezogene Gelder.

••• Erika Steinbach (66) ist seit 1998 gewählte Präsidentin des BdV. Ihr wird zugeschrieben, den BdV »aus der rechten Ecke« geholt zu haben. Steinbach stimmte im Bundestag unter anderem gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und gegen die Aufnahme Tschechiens und Polens in die EU. Seit 2000 verfolgt Steinbach mit der Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen* die Errichtung einer zentralen Erinnerungsstätte für deutsche Vertriebene. Offiziell ist die Stiftung unabhängig vom BdV.

••• Bis heute hat weder eine historische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von BdV-Mitgliedern noch eine Distanzierung von der früheren offen revisionistischen Politik des BdV stattgefunden.

DIE STIFTUNG FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG

●●● 2008 machte sich Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) an die Umsetzung des Koalitionsbeschlusses zur Errichtung eines »sichtbaren Zeichens«. Nach Konsultationen mit der polnischen Regierung (über deren Inhalt bis heute nur spekuliert werden kann) legte er einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* unter dem Dach des *Deutschen Historischen Museums* vor.

Danach soll im *Deutschlandhaus* nahe dem Potsdamer Platz in Berlin unter anderem eine Dauerausstellung zu sehen sein, in der Flucht und Vertreibung der Deutschen »einen Hauptakzent« bilden sollen. Andere mögliche Akzente werden nicht genannt. Zwar ist wiederholt von einer Einbettung in den »Kontext europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert« die Rede, doch wird diese schwammige Formulierung an keiner Stelle konkretisiert. Die Entscheidung über die inhaltliche Ausrichtung trifft ein Stiftungsrat, dem ähnlich wie bei NS-Gedenkstätten Vertreter/innen des Bundestages, der Bundesregierung und konfessionelle Vertreter/innen angehören. Als »Opferverband« sind sechs Sitze für den BdV vorgesehen – mehr als für jede andere Organisation. Finanziell wird die Stiftung für den Umbau des *Deutschlandhauses* und die Konzeption der Dauerausstellung einmalig mit 29 Millionen Euro bedacht, für den laufenden Betrieb werden jährlich 2,4 Millionen Euro bereitgestellt – annähernd so viel wie für das Holocaust-Mahnmal.

Der Gesetzentwurf passierte nahezu unverändert erst das Kabinett und einige Monate später auch den Bundestag. Erstaunlich war, dass es – abgesehen vom Streit um die Personalie Erika Steinbach – keinerlei Debatte gab. Neben Politiker/innen von CDU und CSU frohlockte auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die BdV-nahe Stiftung für ein *Zentrum gegen Vertreibungen* habe damit »alles erreicht, was sie bezweckte«: die Errichtung einer Erinnerungsstätte im Zentrum Berlins, die sich allein in deutscher Trägerschaft befindet, die vornehmlich deutsche Opfer in den Blickpunkt nehmen wird und auf deren Konzeption der BdV maßgeblichen Einfluss haben wird.

Doch merkwürdigerweise freuten sich auch

SPD-Politiker/innen. Sie hoben die angeblich »europäische Ausrichtung« der Stiftung hervor und behaupteten, das Vorhaben *Zentrum gegen Vertreibungen* nach wie vor abzulehnen. Beide Koalitionspartner wurden nicht müde, das Einvernehmen mit der polnischen Regierung zu unterstreichen. Dabei betrachtete man in Warschau die Stiftung als eine deutsche Angelegenheit, mit der man nichts zu tun haben will – weder offiziell noch inoffiziell.

War die tatsächliche Ausrichtung der Stiftung auf dem Papier möglicherweise noch offen, sind inzwischen durch die personelle Besetzung der Stiftungsgremien die ersten Weichen gestellt. Der Stiftungsrat entscheidet unter anderem über die inhaltliche Ausrichtung der Dauerausstellung. Mit Salomon Korn gibt es in diesem Gremium nur ein einziges Mitglied, das eine grundsätzliche Kritik an der Politik des BdV und dessen erinnerungspolitischen Zielsetzungen vertritt. Offene Unterstützer/innen des BdV finden sich hingegen zahlreich.

Im Juli 2009 berief der Stiftungsrat den Stiftungsdirektor: Professor Manfred Kittel, ein konservativer Historiker, der zwar nicht persönlich mit dem BdV verbunden ist, aber ein erklärter Befürworter eines nationalen Vertreibungszentrums. In seiner Dissertation lobte er 1992 den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Adenauer. In seinem Buch *Vertreibung der Vertriebenen?* (2006) behauptet Kittel, es habe im Erinnerungsdiskurs der BRD ab den 70er Jahren eine »zweite, geistige Vertreibung« der deutschen Vertriebenen gegeben. Dass die Vertriebenenverbände mit ihrem Revisionismus erst den Anlass dazu geliefert haben, findet bei Kittel keine Erwähnung.

Neben dem Stiftungsrat hat die Stiftung noch einen »wissenschaftlichen Beraterkreis«, der offenbar dazu dienen soll, den Anschein eines internationalen Charakters zu wecken – jeweils ein Mitglied kommt aus Tschechien, Ungarn und Polen. Doch die wissenschaftliche Kompetenz zum Thema Zwangsmigration scheint nicht das wichtigste Auswahlkriterium gewesen zu sein – allein vier der acht Beiratsmitglieder sind offizielle Unterstützer/innen des *Zentrums gegen Vertreibungen*. Ein weiteres Mitglied, Matthias

Stickler, lobte in seinen Forschungsarbeiten zur Geschichte des BdV dessen demokratisierende Wirkung. Stickler war allerdings nur zweite Wahl. Seinen Platz sollte eigentlich die Erfurter Professorin Claudia Kraft einnehmen, die allerdings unter Verweis auf ihre Kritik am Stiftungskonzept dankend ablehnte. Nach der ersten Sitzung des Gremiums im Dezember 2009 erklärte auch der polnische Vertreter, Professor Tomasz Szarota, seinen Rückzug. Er habe nicht gehaut, so Szarota zur Tageszeitung, dass »sich die Bundesregierung das Geschichtsbild des BdV so sehr zu Eigen gemacht hat«. In der deutschen Öffentlichkeit stieß die Entscheidung weitgehend auf hilfloses Unverständnis.

Derzeit sucht die Stiftung nach Mitarbeiter/innen, die die Konzeption der Dauerausstellung vorantreiben und umsetzen sollen. Dabei ist allzu große Distanz von den Vorgaben der BdV nicht zu erwarten. Das zeigt auch der als »Beendigung des Streits« gefeierte Kompromiss um die Personalie Erika Steinbach: Mit ihren überzogenen Forderungen hat Steinbach zwar in der Öffentlichkeit viele Sympathien verspielt, aber gleichzeitig dafür gesorgt, dass die Stiftung sich dem Einfluss des BdV nicht mehr zu entziehen zu vermag – so sie es denn wollte. Künftig soll der BdV sechs statt der bisherigen drei Mitglieder

in den Stiftungsrat entsenden und nicht mehr die Bundesregierung, sondern nur noch der Bundestag hat bei deren Benennung ein Mitspracherecht. Selbst wenn es einen Vorteil haben sollte, dass Steinbach persönlich nun nicht in der Stiftung vertreten sein wird: Über die Frage, warum es eine zentrale Erinnerungsstätte für Flucht und Vertreibung der Deutschen überhaupt braucht, wird nun erst recht nicht mehr diskutiert werden, genau so wenig wie über den Status des BdV als »Opferverband« oder seine mehr als üppige Finanzierung durch die Steuerzahlenden.

Lars Breuer

INFO: WIE WIRD MAN »VERTRIEBENE/R«?

●●● Wer in Deutschland als »Vertriebene« oder »Vertriebener« gilt, regelt seit 1953 das *Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge* (BVFG): »Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat« (§1).

Auch diejenigen Personen, die ihren Wohnort im Zuge der Massenflucht vor der Sowjetarmee verließen, die durch die NS-Behörden evakuiert wurden oder nach den Bestimmungen

im Potsdamer Abkommen ausgewiesen bzw. umgesiedelt wurden, gelten demnach in Deutschland als »Vertriebene«. Dazu gehören auch Deutsche, die erst während des Zweiten Weltkrieges in die genannten Gebiete gekommen waren. Damit ist das Gesetz auf begrifflicher Ebene eine geschichtspolitische Intervention, mit dem Ziel »sprachlich die Umsiedlung der Deutschen als passiv erlittenes Unrecht darstellen zu können« (Samuel Salzborn).

Bemerkenswert ist darüber hinaus die Verwendung des Begriffs der »Volkszugehörigkeit«: »Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird« (§6).

PODIUMSDISKUSSION

●●● Der **ARBEITSKREIS GESCHICHTSPOLITISCHE INTERVENTIONEN** (AGI) organisierte im Juni 2009 an der Humboldt Universität Berlin die Podiumsdiskussion *Jenseits von Steinbach. Geschichtspolitik um das Vertreibungszenrum*, die von etwa 250 Personen besucht wurde. Anlass war ein für das Frühjahr 2009 geplantes international besetztes wissenschaftliches Symposium im *Deutschen Historischen Museum* (DHM), das zum Auftakt für die neu gegründete Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* und unter ihrer Schirmherrschaft stattfinden sollte. Als zudem bekannt wurde, dass sich unter den vom DHM angefragten polnischen Historiker/innen niemand fand, der/die an dem geplanten Symposium teilnehmen wollte, war unsere Motivation, grundsätzlich kritischen Positionen, die das Thema nicht durch eine rein deutsche Brille betrachten, ein Forum zu geben.

Eingeladen hatten wir:

●●● **EVA HAHN**, Historikerin, die zu deutsch-tschechischen Beziehungen sowie zur Geschichte der Sudetendeutschen forscht und Mitinitiatorin des 2003 veröffentlichten Aufrufs *Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs* war. Eva Hahn begründete ihre Ablehnung des *Zentrums gegen Vertreibungen* mit dem Ausbleiben einer öffentlichen Diskussion über die Inhalte der geplanten Ausstellung. Sie befürchtete eine klischeehafte und identitäre Verarbeitung des Themas. Sie kritisierte, dass im öffentlichen Diskurs Fehlinformationen über die Zahl der »Vertreibungsoffer« kursierten, was zu einem verzerrten Geschichtsbild führe. Zudem sei mit einer Entkontextualisierung der Vertreibungsgeschichte zu rechnen, was schon an der ethnisierenden Behauptung festzustellen sei, das Deutsche vertrieben wurden »nur weil sie Deutsche sind«.

●●● **ROBERT ŻUREK**, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Berliner Zentrums für Historische Forschung der *Polnischen Akademie der Wissenschaften* (CBH PAN) vertrat Robert

Traba. Den Direktor des CBH PAN hatten wir angefragt, da er die Einladung zum Symposium des DHM abgelehnt hatte. Robert Żurek erklärte die Emotionalität der polnischen Debatte mit der Biografie Steinbachs. Die Bedeutung der Herkunft Steinbachs als Tochter eines Besatzungssoldaten werde in Deutschland unterschätzt, in der polnischen Wahrnehmung sei dies aber ein entscheidendes Detail: Der deutschen Terror- und Vernichtungsmaschinerie fiel jede/r sechste polnische Staatsbürger/in zum Opfer. Außerdem stelle Steinbach in öffentlichen Auftritten immer wieder die NS-Verbrechen mit der Vertreibung auf eine Stufe; die Rolle der deutschen Minderheit bei den NS-Verbrechen in Polen werde hingegen völlig ausgeklammert. Dazu gehöre auch die ahistorische These, dass Hitler den Vorwand für die Vertreibungen geliefert habe – dies sei schlicht eine Verkehrung von Ursache und Wirkung.

●●● **PIOTR MAJEWSKI**, Historiker aus Warschau und stellvertretender Projektleiter des geplanten *Museums des Zweiten Weltkriegs* in Gdańsk (Danzig), sprach über die geplante Darstellung von Flucht und Zwangsaussiedlung als einem Thema unter anderen im *Museum des Zweiten Weltkriegs*. Majewski betonte zudem das europäische Profil des Museums und erklärte, dass Gdańsk als Standort gewählt worden sei, da hier der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen begann. In den umliegenden Wäldern wurden im Herbst 1939 erste Massenerschießungen durchgeführt, auch das ehemalige Konzentrationslager Stutthof lag in der Nähe.

Das Museum sei nicht gegen die Pläne Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* gerichtet, es sei vielmehr eine konstruktive Alternative zum *Zentrum gegen Vertreibungen*. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen solle im Museum vor dem Hintergrund der Verbrechen des Krieges verhandelt und zusammen mit den von Deutschen organisierten Deportationen von Polen/innen, Juden/Jüdinnen und Russen/innen benannt werden.

WORKSHOPTAG

●●● Einige Tage nach der Podiumsdiskussion hatten wir zu einem Workshoptag eingeladen, der von etwa 50 Teilnehmer/innen besucht wurde.

Einführend stellten wir den historischen Kontext von »Flucht und Vertreibung« vor, erläuterten das deutsch-polnische Verhältnis vor dem deutschen Überfall 1939 und die darauf folgende nationalsozialistische Besatzungs-, Siedlungs- und Vernichtungspolitik.

Was die Besucher/innen der künftigen Dauerausstellung der Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* erwarten könnte, analysierten wir anhand eines Begriffs- und bildsprachlichen Vergleichs der 2006 gezeigten Ausstellungen *Flucht, Vertreibung, Integration* des Haus der Geschichte Bonn und *Erzwungene Wege* der Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen*.

Die mediale Inszenierung von deutschen Vertriebenen als »letzte Opfer Hitlers« skizzierten wir anhand von Filmausschnitten aus dem 2007 von der ARD produzierten und ausgestrahlten Dreiteiler *Die Flucht*. Durch eine Vorstellung der bereits seit den 1950er Jahren zahlreich existierenden lokalen Vertriebenenendenkmäler in der BRD wurde außerdem deutlich, dass die Behauptung, Erinnerung an Vertreibung sei jahrzehntelang ein Tabu gewesen, jeder Grundlage entbehrt.

Mit dem Beispiel des in Planung befindlichen *Museums des Zweiten Weltkriegs* in Gdańsk (Danzig) fragten wir, wie eine angemessene Kontextualisierung des Themas der Zwangsaussiedlungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aussehen könnte. In diesen Zusammenhang stellten wir eine kritische Besprechung des Buchs *Flammender Hass* (2004), in dem der Historiker und Politikwissenschaftler Norman Naimark ein Konzept von »Ethnischen Säuberungen« als »Phänomen der Moderne« entwickelt.

Veranstaltungsbegleitend haben wir einen Blog eingerichtet, auf dem wir in loser Folge die Diskussionen in der deutschen und polnischen Presse zum Vertreibungszentrum und der Personalie Steinbach dokumentieren und eigene Artikel veröffentlichen. Auf dem Blog bieten wir außerdem einen Audio-Mitschnitt unserer Veranstaltung *Jenseits von Steinbach* vom 9. Juni 2009 an. Auch diese Broschüre ist dort als pdf-Version vollständig zum Download verfügbar: <http://agi.blogspot.de/>.

AK Geschichtspolitische Interventionen

ÜBER DIE HOLOCAUSTISIERUNG DES VERTREIBUNGSDISKURSES

●●● »Ich sage ausdrücklich: Der Holocaust war die extremste Grausamkeit in der Geschichte der Menschheit, und wir verlieren unsere Menschlichkeit, wenn wir auch nur gewillt sind, in die Arena der Debatte mit denen einzutreten, die die Naziverbrechen zu leugnen oder herunterzuspielen trachten.« Noam Chomskys Aussage von 1992 würde heute niemand in Deutschland offen in Frage stellen. Die Einzigartigkeit des Holocausts wird nicht bestritten. Dennoch finden Vergleiche der Naziverbrechen mit vermeintlich ähnlichen Verbrechen, die die Alliierten angeblich nach dem Zweiten Weltkrieg begangen haben sollen, in der öffentlichen Debatte breite Akzeptanz. Das gilt insbesondere seit einigen Jahren angesichts eines viel beschworenen neuen Trends im Erinnern an die Vertreibung.

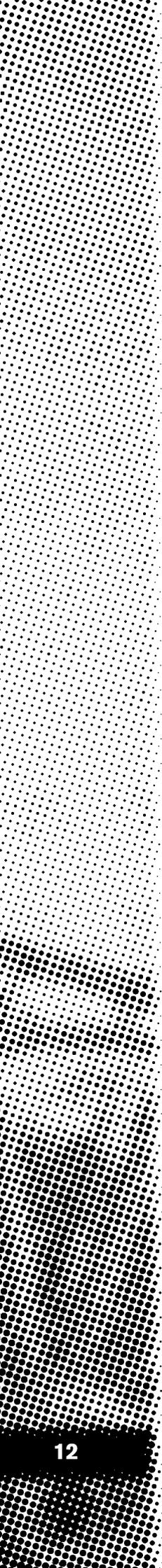
Heute protestiert kaum jemand, wenn die Vertreibung als Völkermord bezeichnet wird. Den Begriffen Völkermord, Genozid oder Holocaust begegnen wir im Erinnern an die Vertreibung sogar so häufig, dass Andreas F. Kelletat von einer »Holocaustisierung des Flucht-und-Vertreibungs-Diskurses« spricht. Dementsprechend sieht sich *der Bund der Vertriebenen* (BdV) nicht nur als Hüter des Erinnerns an die Vertreibung: »Wir stehen als *BdV* in Solidarität zu allen Opfern von Genozid und Vertreibung.« Über den Unterschied zwischen beiden schweigen sich die Vertriebenenpolitiker aus.

In dem vom BdV geforderten Vertreibungsmuseum *Zentrum gegen Vertreibungen* sollen nach den Vorstellungen seiner Präsidentin Erika Steinbach »auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa« erinnert werden: »Von den Albanern, Armeniern über die Esten, Georgier, Inguschen, Krim-Tataren, Polen, Tschetschenen, Ukrainern bis zu den Weißrussen und griechischen Zyprioten und die singuläre Verfolgung und Massenvernichtung der Juden Europas durch den Nationalsozialismus. All das fällt mit in dieses Gesamtpaket hinein.« Derartige Formulierungen deuten nicht gerade auf einen sorgfältigen Umgang mit historischen Informationen hin. Dem ist selbst dann so, wenn Frau Steinbach über die Vertreibung der

Deutschen erklärt, die Wissenschaftler seien sich nicht einig, ob es sich um einen Demozid oder Genozid gehandelt habe, aber: »Unbestritten ist, dass die von der UdSSR, von Polen, der ČSR, Jugoslawien und Ungarn ins Werk gesetzte und von den damaligen westlichen Alliierten mitverantwortende Zwangsdeportation von insgesamt wohl über 15 Millionen Menschen das größte Verbrechen dieser Art in der überlieferten Geschichte darstellte.« In einem Falle habe es sich eindeutig um einen Völkermord gehandelt: »Es war, daran besteht für den jugoslawischen Bereich kein Zweifel, Völkermord.«

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft fordert die »Anerkennung der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat als Genozid« und machte den Slogan »Vertreibung ist Völkermord« zum Schlagwort des Jahres 2006. Ihr Sprecher, Bernd Posselt, präsentiert sich in seiner Wortwahl tolerant: Es »war eine nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Ende des Krieges, nach Sturz des Nationalsozialismus kaltblütig ins Werk gesetzte und schon zwischen den Kriegen geplante Vertreibung, ethnische Säuberung, Genozid – was Sie wollen. Es war der Versuch, die Existenz unserer Volksgruppe im Herzen Europas auszulöschen.«¹ Wäre es nicht angebracht, solche Urteile präzise zu begründen und mit so schwerwiegenden Begriffen wie Vertreibung, Genozid und Völkermord verantwortungsvoll umzugehen? Wären solche Urteile zutreffend, dann wäre es zweifellos angemessen, dass deutsche Regierungen sich die Forderungen der Vertriebenenpolitiker zu eigen machen und sich für die internationale Durchsetzung ähnlicher Erinnerungsformen an die Vertreibung einsetzen würden, wie im Falle des Holocausts üblich ist. Warum tun sie es nicht? Die Erklärung ist einfach: Es liegen keine historische Informationen vor, die eine solche Vergleichbarkeit belegen würden.

Wie können 15 Millionen Deutsche östlich des heutigen Bundesgebiets vertrieben worden sein, wie oft behauptet wird, wenn dort vor dem Krieg insgesamt rund 17 Millionen Deutsche gelebt, von ihnen rund 1,4 Millionen im Dienste der deutschen



Kriegsmaschinerie ihr Leben verloren haben und rund 3,5 Millionen dort nach dem Krieg geblieben sind? Etwa 11 Millionen der vor dem Krieg in den so genannten Vertreibungsgebieten beheimateten Deutschen lebten nach dem Abschluss der Massenumsiedlungen hierzulande; darüber, wie viele weitere von ihnen ihr Leben infolge der nationalsozialistischen Verfolgung, Kriegsführung und der Nachkriegsumsiedlungen durch die alliierten Regierungen verloren haben, schweigt man. Die Lebensschicksale von angeblich über zwei Millionen Deutschen seien ungeklärt, hieß es dagegen in den 1950er Jahren; über 1 390 000 vermeintlich ungeklärte Schicksale von Personen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten hieß es konkret: »Sie sind Opfer von Kriegshandlungen und der Besetzung des Landes durch feindliche Truppen geworden oder verloren ihr Leben durch Verschleppung, auf der Flucht und bei den rücksichtslos durchgeführten Ausweisungen.« In weiteren 0,89 Millionen Fällen aus anderen Staaten des östlichen Europas müsse »damit gerechnet werden, daß diese Menschen zum größten Teil Opfer von Flucht, Vertreibung, Verschleppung und anderen Gewaltmaßnahmen geworden« seien.² Auf derart vage und unbelegte Aussagen werden Vergleiche zwischen Vertreibung und Holocaust seit den 1950er Jahren bis heute gestützt.

Wenn in Deutschland über Vertreibung geredet und geschrieben wird, mangelt es oft an sachgerecht belegten Informationen, ja selbst wenn gegen die einstigen Kriegsgegner der Vorwurf des Völkermords erhoben wird. Das Wort »Vertreibung« repräsentiert im heutigen deutschen Sprachgebrauch kein genau umschriebenes und erforschtes historisches Geschehen. Stellt man sich die Frage, wie und warum die oben erwähnten 11 Millionen Deutschen, die östlich der heutigen Bundesrepublik lebten, ihre Heimat verlassen haben, entdeckt man vier Ereigniskomplexe, die sich in den Jahren von 1939 bis 1949 abspielten:

●●● Zwischen 1939 und 1944 siedelte das Naziregime etwa eine Million Deutsche aus den baltischen Staaten, der Sowjetunion, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in die von Deutschland besetzten Territorien um – hauptsächlich nach Polen, aber auch in die Tschechoslowakei und nach Österreich.

●●● Zwischen August 1944 und dem 8. Mai 1945 verließen bis an sechs Millionen Deutsche, hauptsächlich Frauen, Kinder, Kranke und Alte

(darunter auch die bereits früher Umgesiedelten) ihre Heimat in den östlichen Gebieten des Großdeutschen Reiches; entweder folgten sie den Evakuierungsbefehlen der deutschen Behörden oder sie flüchteten freiwillig. Darüber hinaus wurden auch Deutsche aus der UdSSR, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, aus der Slowakei und in geringem Maße aus dem heutigen Tschechien evakuiert.

●●● In den ersten Nachkriegsmonaten, als sich Polen und die Tschechoslowakei in einem weitgehend verwaltungslosen Zustand befanden, waren rund eine Million Deutsche in Polen (zum Teil zurückkehrende vorher Evakuierte) und etwa 730 000 Deutsche in der Tschechoslowakei (davon etwa 400 000 Einheimische) willkürlichen Vertreibungen ausgesetzt.

●●● Bei der Potsdamer Konferenz 1945 erklärten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion ihre Absicht, die verbliebenen Teile der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn umzusiedeln. Aufgrund dieses Beschlusses wurden in den Jahren 1946–1949 weitere 4,8 Millionen Deutsche zwangsumgesiedelt.

Im deutschen Erinnern verschwimmen alle diese Ereignisse ineinander durch den üblichen Gebrauch des Wortes »Vertreibung«. Dadurch wird ein empirisch-analytischer Umgang mit dem Thema stark erschwert. Der Begriff »Vertreibung« repräsentiert nicht die soeben skizzierten Ereignisse und die Vielfalt der Wege, auf denen die Vertriebenen zwischen 1939 und 1949 aus ihrer Heimat ins Nachkriegsdeutschland kamen. Die Vertreibung wird traditionell als ein Ereignis erinnert, das dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie der unmittelbaren Nachkriegszeit zugeordnet wird, während die Schicksale der deutschen Zivilbevölkerung im östlichen Europa unter der NS-Herrschaft verdrängt werden. Für die Lebenserfahrungen aller heimatlos gewordenen Deutschen werden die einstigen Kriegsgegner verantwortlich gemacht, mit der Schlussfolgerung, dass dem NS-Regime und den Alliierten gleichartige Verbrechen zugeschrieben werden. Die heute vermeintlich neue Art und Weise des Gedenkens an die Vertreibung stellt eine gedankenlose Rückkehr zu populären Nachkriegsvorstellungen, als es galt: »Was Juden durch Deutsche zugefügt wurde, ist diesen von Tschechen und Polen widerfahren.«³ Wenn der Begriff historischer Revisionismus als

ein brandmarkender Begriff verstanden und zur Bezeichnung suspekter historischer Arbeiten über den Holocaust und das »Dritte Reich« verwendet wird, dann stellt die heute modische Art des Schreibens über die Vertreibung sicherlich auch einen derartigen historischen Revisionismus dar. Dabei wird der Holocaust nicht geleugnet, und es wird nicht direkt versucht, das »Dritte Reich« mittels neonazistischer Auffassungen zu rehabilitieren – das wäre ein falsches Verständnis des Problems, das durch die neuen Trends im deutschen Vertreibungsdiskurs entsteht. Man distanziert sich in Deutschland stets ausdrücklicher vom Naziregime und betont die Einzigartigkeit des Holocausts. Indem die Alliierten aber ähnlicher Verbrechen auf derselben ideellen bzw. konzeptionellen Grundlage bezichtigt werden, indem der Nationalsozialismus als ein normales Phänomen innerhalb der europäischen Geschichte dargestellt wird, erreichen die Verfechter des vermeintlich neuen Erinnerns an die Vertreibung jedoch die gleichen Ziele wie durch die »klassischen« Erzählungen, die von neonazistischen Revisionisten verbreitet werden: ein Umschreiben der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg ansonsten von den meisten Europäern verstanden wird.

Angesichts der Wiederbelebung derartiger einst von den besiegten Nazis verbreiteten Geschichtsbilder sollte Noam Chomskys Warnung sorgfältig bedacht werden. Wenn wir unsere Humanität und unsere Orientierung in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht verlieren wollen, dann ist eine Debatte mit denjenigen, die die Naziverbrechen durch unbelegte Vergleiche herunterzuspielen suchen, im höchsten Maße wünschenswert, ja sogar notwendig. Wäre es nicht an der Zeit, alle die historischen Ereignisse, die in dem heute im Aufbau befindlichen Vertreibungsmuseum präsentiert werden sollen, einer breiten öffentlichen Diskussion zu unterziehen und zu klären, welche Geschichtsbilder dort eigentlich ausgestellt werden sollen?

Eva Hahn



1 Bernd Posselt am Sudetendeutschen Tag 2005, zit. nach *Sudetendeutsche Zeitung* 20.5.2005

2 Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50, hg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1958, S. 37, S. 44

3 Eugen Lemberg: Geschichte des Nationalismus in Europa, Stuttgart 1950, S. 11

STEINBACH WILL DIE GESCHICHTE UMKREMPeln

●●● »Was haben die Polen bloß gegen diese Frau?« So fragte die Bildzeitung unschuldig, als die internationale Empörung über die BdV-Präsidentin Erika Steinbach und die deutschen Pläne für ein »Vertreibungszentrum« hohe Wellen schlug. In seinem am 5. März 2009 in der *Frankfurter Rundschau* erschienenen Beitrag beantwortet Robert Żurek, Mitarbeiter am Zentrum für historische Forschung Berlin der polnischen Akademie der Wissenschaften, diese Frage. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Das Verhalten der Polen im Fall Steinbach hat bei den Deutschen starkes Kopfschütteln hervorgerufen. Zwar haben sich hierzulande nicht wenige gegen eine Beteiligung von Erika Steinbach am *Sichtbaren Zeichen* ausgesprochen. Aber man wurde den Eindruck nicht los, dass dies vor allem geschah, um einer polnischen Überempfindlichkeit entgegen zu wirken. Dabei kann von einer Überempfindlichkeit auf polnischer Seite kaum die Rede sein. Trotz des nun vollzogenen Rückzugs von Erika Steinbach scheint ein Nachtrag zum besseren Verständnis angebracht.

Erika Steinbach ist 1943 als Tochter eines Wehrmachtangehörigen im von Nazideutschland besetzten Polen geboren. Als 1945 die Front nahte, floh ihre Mutter mit ihr gen Westen. Die Familie Steinbach war weder mit den deutschen Ostgebieten verbunden, noch gehörte sie der deutschen Minderheit im Vorkriegspolen an. Die Präsidentin des *Bundes der Vertriebenen* (BdV) hat wiederholt betont, dass man kein Vertriebener sein muss, um die Interessen der Vertriebenen zu vertreten. Das stimmt. Aber angesichts der biographischen Umstände hätte man etwas mehr Sensibilität und Fingerspitzengefühl erwarten können.

Erika Steinbach sprach sich gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ebenso aus wie gegen die Aufnahme Polens in die EU. Und der von ihr geleitete BdV bildet nach wie vor die Phalanx für ein längst überholtes, nationalistisches und polenfeindliches Geschichtsbild. Gerade dies wurde in den letzten Tagen oft bestritten. Sie habe eine Perestrojka innerhalb des Verbandes durchgeführt, und den endgültigen

Abschied der Organisation von der revanchistischen Vergangenheit vollzogen, hieß es.

Beobachter der Szene werden diese Diagnose kaum bestätigen können. Zwar versuchte Steinbach den Anschein eines Umdenkens zu erwecken. Die braune Vergangenheit früherer Vertriebenenfunktionäre wird jedoch nach wie vor nicht aufgearbeitet. Einseitige Geschichtsbilder werden tradiert und neuere Forschungserkenntnisse deutscher Historiker, die die Zahl von zwei Millionen Todesopfern infolge von Flucht und Vertreibung bestreiten, werden ignoriert.

Vor allem aber weigert sich der BdV, den Ursache-Wirkung-Zusammenhang zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Schicksal der Deutschen in Ostmitteleuropa anzuerkennen. So sei Hitler insofern am Unglück der Vertriebenen schuldig gewesen, als er den Vertreiberstaaten den Vorwand geliefert habe, ihre vorhandenen verbrecherischen Gelüste gegenüber der deutschen Minderheit in ihren Ländern umzusetzen. »Hitler hat die Tore aufgestoßen, durch die andere dann gegangen sind, um zu sagen, jetzt ist die Gelegenheit, die packen wir beim Schopfe«, so Steinbach im Jahr 2006. Der Vernichtungskrieg im Osten Europas sei also nicht die Ursache, sondern der Vorwand gewesen. Wenn das kein Geschichtsrevisionismus ist, vor dem die Polen berechnete Furcht haben?

Statt den Ursache-Wirkung-Zusammenhang zwischen Vernichtungskrieg und Vertreibung zu akzeptieren, versucht Steinbach, ihn zu verwischen, indem sie die deutschen Vertriebenen mit allen anderen Opfern der Vertreibungen in der ganzen Welt in einen Topf wirft. So wird das 20. Jahrhundert zum »Jahrhundert der Vertreibungen« stilisiert. Alle diese Vertreibungen hatten im Grunde eine und dieselbe Ursache – den überzogenen Nationalismus der Täter (so u. a. Arnulf Baring). Und alle Opfer seien stets völlig unschuldig gewesen.

Dass die Nationalsozialisten in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und im Sudetenland besonders starken Zulauf hatten, oder dass sich etwa zahlreiche Vertreter der deutschen Minderheit in Polen an den schlimmsten nationalsozialistischen Verbrechen beteiligten und eben deshalb die Bereitschaft der polnischen

Seite zum weiteren Zusammenleben untergraben, wird tabuisiert. Steinbach geht aber noch weiter. Sie bezeichnet die Nachkriegsverbrechen an den Deutschen in Osteuropa als »Genozid an mehr als 15 Millionen Menschen«, und die Zwangsarbeitslager für Deutsche als »Vernichtungslager«.

Vor diesem Hintergrund warf der israelische Historiker Gilad Margalit ihr vor: »Ihre Absicht ist es, den Holocaust mit der Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland gleichzusetzen und die Vertreibung der Deutschen am Ende des Krieges in der Kategorie der Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzuordnen. (...) Sie versucht, eine Vertreibung, die die Vertriebenen nicht vernichten wollte (...), mit einem systematischen und beabsichtigten Prozess der Ausrottung zu vergleichen« (Haaretz).

Es ist also nicht verwunderlich, dass Steinbachs Projekt, die Geschichte neu zu schreiben, in Polen heftige Widerstände hervorrief. Schon eher verwundern die verhaltenen Reaktion in Deutschland. Steinbach ist dabei, die deutsche Erinnerungslandschaft kräftig umzukrempeln. Und das ist nicht nur ein Problem der Polen.

Robert Żurek

INFO: OPFERZAHLEN

●●● Die Zahl der Deutschen, die gegen Ende des zweiten Weltkriegs in Folge von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung starben, wird in den öffentlichen Diskursen zumeist mit 2 bis 2,5 Millionen angegeben.

Auch wenn die wissenschaftliche Forschung diese Zahlen schon seit langem revidiert hat, »prägen«, wie der polnische Historiker Robert Żurek kritisiert, »verschiedene Varianten eben dieser Zahl [...] bis heute entscheidend die Vorstellungen der deutschen Öffentlichkeit von den Grausamkeiten der Aussiedlungen.«

Die aktuell zum Beispiel vom BdV angegebenen Zahlen beruhen immer noch auf politisch motivierten Schätzungen der 1950er Jahre. Laut dem Historiker Ingo Haar waren diese Angaben damals ein zentraler Teil der Abwehr potentieller Reparationsforderungen von Seiten Polens und anderer ost- und mitteleuropäischer Staaten.

Durch übertrieben hohe Opferzahlen sollte eine Art »Opfersymmetrie« hergestellt werden.

Im Jahr 1958 hatte das Statistische Bundesamt berechnet, dass infolge der Zwangsumsiedlung in Mittelost- und Osteuropa insgesamt 2 225 000 Deutsche ums Leben kamen. Kritiker/innen machen jedoch auf die zweifelhafte Methodologie aufmerksam. Sie verweisen darauf, dass höchstens 470 000 bis 600 000 Personen eindeutig als Todesopfer gelten können. Das Schicksal der übrigen in den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes erfassten Personen lasse sich hingegen nicht zweifelsfrei klären.

Der Historiker Rüdiger Overmans weist darauf hin, dass es sich bei der sehr großen Mehrheit der ungeklärten Fälle um nicht registrierte getötete Wehrmachtssoldaten, nicht von der Umsiedlung Betroffene, in die DDR Umgesiedelte und fälschlich registrierte Personen handelt.

DAS MUSEUM DES ZWEITEN WELTKRIEGES –

WIE MAN AN EINEM ORT

VERSCHIEDENE EUROPÄISCHE ERINNERUNGEN ZEIGT

●●● Auf Initiative des polnischen Premierministers Donald Tusk entstand im Dezember 2007 die Idee, in Gdańsk/Danzig ein *Museum des Zweiten Weltkriegs* zu schaffen. Darin soll eine Dauerausstellung den Zweiten Weltkrieg aus einer europäischen Perspektive behandeln; ein internationaler Programmbeirat hat die Arbeit aufgenommen. Am 1. September 2009, dem 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, wurde die Gründungsurkunde für das Museum unterzeichnet. Nicht nur die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs soll im Museum dargestellt werden, auch die Zwangsaussiedlungen von Deutschen werden darin Thema sein – neben der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der deutschen Besatzer und Kriegsverbrechen der Sowjetarmee.

Der folgende Text ist eine von der Redaktion gekürzte und sprachlich leicht überarbeitete Fassung des vom Gründungsdirektor des Museums, Paweł Machcewicz, und seinem Mitarbeiter Piotr Majewski erarbeiteten Ausstellungskonzepts. Die Originalversion findet sich auf polnisch und englisch unter www.muzeum1939.pl/?str=6.

Das Museum basiert auf dem Grundgedanken, Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, dieser überaus wichtigen und tragischen Erfahrung der Europäer/innen des 20. Jahrhunderts, in ihrer ganzen Komplexität aufzuzeigen. Es soll ein Versuch sein, die ganze Bandbreite der Kriegserlebnisse zu zeigen, ohne die Verschiedenheit der Erfahrungen der einzelnen Nationen zu verschleiern. Nur auf diese Art und Weise können wir uns in Richtung gegenseitigen Verstehens bewegen. Es ist schließlich besser, in aller Verschiedenheit der Erfahrung übereinander Bescheid zu wissen, als auf dem Niveau von Stereotypen und Ignoranz zu verweilen.

Vier thematische Blöcke sollen im Museum behandelt werden:

●●● Ausführlich behandelt wird, erstens, die Genese des Zweiten Weltkriegs. Die Kräfte in Europa, die die Revision der Versailler Verträge anstrebten, trieben die Brutalisierung der europäischen Politik maßgeblich voran. Sie ebneten damit den Weg in den Zweiten Weltkrieg und führten ihn bewusst in verbrecherischer Art und Weise und vollkommener Missachtung des internationalen Rechts.

Wichtig ist hier, deutlich den eliminatorischen Charakter der totalitären Regime aufzuzeigen. Auch muss deutlich werden, dass die totalitären Regime eng zusammenarbeiteten, unabhängig davon, ob sie sich ideell nahestanden oder einander feindlich gesinnt waren. In diesem Zusammenhang sollte das Museum die Parallelität deutscher und sowjetischer Repressalien gegen Polen in den Jahren 1939–1941 dokumentieren.

Eine Gleichsetzung der Regime soll allerdings nicht stattfinden. Auch soll keinesfalls die Darstellung der nationalsozialistischen oder sowjetischen Verbrechen in der Ausstellung mit antideutschen oder antirussischen Akzenten einhergehen. Das Museum muss auch den entscheidenden Beitrag der UdSSR im Sieg über das »Dritte Reich« zeigen und an die Kriegsleiden der Bürger/innen der UdSSR erinnern.

●●● Der wichtigste Teil des Museums ist, zweitens, den konkreten Schicksalen der Menschen gewidmet. Wir nehmen an, dass die Betrachtung des Krieges durch das Prisma der Schicksale von Soldat/innen, Kriegsgefangenen, Insass/innen von Konzentrationslagern, Zwangsarbeiter/innen und der Zivilbevölkerung eine universale und die für alle Besucher/innen am besten verständliche Zugangsweise ist – unabhängig von ihrer Nationalität.

Der Hauptakzent liegt dabei auf dem verbrecherischen Charakter des Krieges. Die Ausstellung soll dokumentieren, dass die deutsche

Armee seit Kriegsbeginn vorsätzlich gegen die Zivilbevölkerung vorging. Sie beschoss Flüchtlinge auf den Straßen, flog Bombenangriffe – u.a. auf Wieluń und Warschau, Rotterdam, Coventry und Belgrad – ,ermordete Juden und Jüdinnen, Zivilist/innen und Kriegsgefangene.

Erst im Kontext der verbrecherischen Methoden der Kriegsführung des Dritten Reichs erhalten die Bombenangriffe der Alliierten auf Deutschland und Japan ihren Sinn und ihre Verhältnismäßigkeit. Auch dies soll im Museum zum Ausdruck gebracht werden.

Nicht fehlen dürfen in diesem Teil der Ausstellung Informationen über die Verbrechen der sowjetischen Armee – z.B. die Ermordung der polnischen Offiziere und Polizisten in Katyn, Charkow und Miednoje.

Selbstverständlich soll an den Holocaust im Museum erinnert, aber auch andere Fälle von Genozid und Mord an der Zivilbevölkerung berücksichtigt werden – u.a. das japanische Massaker 1937 in Nanking oder die Massenerkutionen von Polen in den an das „Dritte Reich“ angegliederten Gebieten und dem Generalgouvernement ebenso wie die von Deutschen begangenen Morde an Zivilist/innen in ganz Europa.

Schließlich soll in diesem Teil der Ausstellung auch die Zwangsmigration erörtert werden, die wir als eines von vielen Elementen gesellschaftlicher Umstrukturierungen durch die totalitären Regime sehen. Wir meinen, dass die Umsiedlungen in ihrem ganzen Umfang aufgezeigt werden sollten, und in diesem Kontext beispielsweise die Aussiedlungen der Juden und Jüdinnen in Ghettos oder zur Zwangsarbeit nicht zu vergessen sind. Die Ausstellung sollte außerdem bewusst machen, dass das »Dritte Reich« und die UdSSR Menschen von Anbeginn des Krieges bis zu seinem Ende aus- und umsiedelten. Beispiele hierfür sind die von Deutschen organisierten Todesmärsche der KZ-Häftlinge. Erst vor diesem Hintergrund kann man die Flucht der deutschen Zivilbevölkerung vor der nahenden Roten Armee sowie die Aussiedlung Deutscher aus den Ländern Mitteleuropas zeigen. Die Ausstellung kann hier deutlich machen, dass die Aussiedlungen von Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur ein Resultat des Bestrebens nach einheitlichen Nationalstaaten waren, sondern vor allem eine kontinuierlich

fortgesetzte Zwangsmigration, welche das »Dritte Reich« und die UdSSR in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß initiierten.

Zuletzt soll im Teil über Kriegsschicksale der Widerstand gegen die Okkupation gewürdigt werden, so z.B. das Wirken der Partisan/innen in Jugoslawien und der UdSSR, bewaffnete antideutsche Aufstände, aber auch der zivile Widerstand wie der Kinoboykott in Warschau und der Straßenbahnboykott in Prag. In diesen Bereich gehört auch, unter Berücksichtigung einer angemessenen Proportionalität, die deutsche Widerstandsbewegung.

●●● Der dritte Themenblock wird sich mit den diplomatischen Aspekten des Zweiten Weltkriegs befassen. Hier soll deutlich werden, dass die Zugeständnisse, welche die westlichen Verantwortlichen zunächst Hitler und später Stalin im Namen der Friedenssicherung oder aufgrund anderer strategischer Ziele machten, einen sehr deutlich messbaren Preis hatten, den die Nationen Ostmitteleuropas zahlen mussten. Deutlich werden sollen auch die verschiedenen Haltungen, die die einzelnen Länder gegenüber der deutschen Bedrohung einnahmen: Kampf, Kapitulation, Kollaboration oder Mitarbeit.

●●● Wenn wir die grundsätzliche Zäsur von 1945 respektieren, sollte das Museum, viertens, auch die wichtigsten Konsequenzen des Krieges aufzeigen: Die Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa, die Aufteilung des Kontinents und die Sowjetisierung des Bereichs östlich der Elbe. Die Ausstellung sollte den Besucher/innen bewusst machen, dass für Mittel- und Osteuropa 1945 eine neuerliche Unterdrückung begann.

Als weitere wichtige Kriegsfolge werden hier außerdem die Bevölkerungsumsiedlungen behandelt: Deutsche wurden ausgesiedelt, »Displaced Persons« kehrten zurück, Juden und Jüdinnen emigrierten nach Palästina. Thema dieses Teils der Ausstellung soll ebenfalls der Beginn der Vergangenheitsaufarbeitung sein: die Kriegsverbrecherprozesse gegen Deutsche und Japaner und die verschiedenen Formen der Rückgabeforderungen nach Beendigung der Besatzung.

LÜCKEN IM GESCHICHTSBILD – DIE AUSSTELLUNGEN

DES ZENTRUMS GEGEN VERTREIBUNG

●●● Mit der Ausstellung *Erzwungene Wege* trat die Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen* erstmals ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit. Im Sommer 2006 wurde die Schau im repräsentativen Kronprinzenpalais in Berlin-Mitte gezeigt – also dort, wo nach den Vorstellungen des BdV auch das *Zentrum gegen Vertreibungen* seinen Platz finden sollte. In den Wochen vor der Eröffnung hatte es Kritik, vereinzelt auch Proteste gegeben. Dies änderte sich bald. Nach BdV-Angaben kamen rund 120.000 Besucher/innen, und selbst ein Zentrumskritiker wie der SPD-Politiker Markus Meckel bezeichnete die Ausstellung als »vernünftiges Projekt«. Unter dem Deckmantel der »Aufklärung« über die vermeintlich tabuisierte Geschichte gelang es so, gesellschaftliche Legitimität für das eigene Geschichtsbild, und damit für ein Vertreibungszentrum unter der Führung des BdV, herzustellen.

Anhand der »Schicksale« 13 verschiedener »Völker und Volksgruppen«, darunter deutsche Vertriebene, erhob die Ausstellung den Anspruch, »Vertreibungen im 20. Jahrhundert als ein gesamteuropäisches Phänomen« darzustellen. Dabei sollte explizit »keine Gewichtung der Leiden« vorgenommen werden: Die Ausstellung, so Steinbach, folge »dem Postulat der unteilbaren Humanitas«. Die scheinbar gleichberechtigte Darstellung der verschiedenen europäischen Genozide, Zwangsmigrationen und Umsiedlungen als »Vertreibungen« verfolgte unübersehbar den Zweck, durch eine europäische Kontextualisierung der »Vertreibung der Deutschen« diese aus ihrem spezifischen historischen Kontext – dem NS-Terror in den besetzten und annektierten Ländern – herauszulösen. Auf diese Weise wurden die deutschen Vertriebenen in der öffentlichen Wahrnehmung als Opfer etabliert, denen ebenso wie etwa den Juden eine separate Erinnerungsstätte zustehe.

Eingerahmt vom türkischen Völkermord an den Armeniern und den Zerfallskriegen in Jugoslawien stand nur wenige Schritte neben »der Vertreibung der Juden in Deutschland ab 1933« die »Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs«. Die denkwürdige Wortwahl

(»Vertreibung der Juden«) war dabei Programm: »Die Darstellung der Ermordung der europäischen Juden ist nicht Thema dieser Ausstellung«, hieß es knapp. Dahinter stand das Bemühen, die Verfolgung (und Vernichtung) der Juden mit der Aussiedlung der Deutschen direkt zu analogisieren. Dies zeigte sich auch daran, dass für die Beschreibung von Ereignissen im Rahmen der »Vertreibung der Deutschen« Begrifflichkeiten bemüht wurden, die aus gutem Grund für die Beschreibung des Holocaust verwendet werden. So war in der Ausstellung von »Zwangsarbeits- und Todeslagern« die Rede, die die Ausstellungsmacher/innen zum »zentralen Merkmal der Vertreibung der Deutschen« erklärten.

Indem so die NS-Verbrechen per Begriffs-umdeutung in die Darstellung integriert wurden, musste das NS-Regime in der Ausstellung auch gar nicht mehr verschwiegen werden. Ohnehin gehört dessen pauschale Verurteilung seit Jahren zum Standardrepertoire aller Veröffentlichungen des BdV und wird dabei zumeist unter Rückgriff auf die griechische Mythologie umschrieben. »Ja, es war Adolf Hitler, der die Büchse der Pandora geöffnet hat. Ein Behältnis, voll gefüllt mit Unmenschlichkeit und Gewalt«, so oder ähnlich sagt es Erika Steinbach zu jedem Anlass. Ein schöner Nebeneffekt: Durch den ahistorischen Vergleich des nationalsozialistischen Terrorregimes mit einer »Büchse« wird der NS als System, das die massenhafte Täterschaft der »normalen« Deutschen beinhaltete, unsichtbar. So erübrigte sich auch in der Ausstellung die Frage nach Schuld und Verantwortung: »Die Vernichtung der Juden [...] begann schleichend mit der Verdrängung der Juden [...] Es folgten Verhaftungen und Drangsalierungen, schließlich die Abschiebung und Deportation in Ghettos und Lager. Dieser Prozess mündete in die systematische Vernichtung – den Holocaust«. Wer die Gesetze erließ, die zur »Verdrängung« der Juden führten, wer Befehle zur Deportation von Juden ausführte, welche Individuen und gesellschaftlichen Gruppen von der »Vertreibung« der Juden profitierten – dies alles bleibt im Dunkeln. Auf diese Weise vom Nationalsozialismus entkoppelt,

konnte die Ausstellung ein alternatives Erklärungsmodell für die »Vertreibungen« heranziehen. »Die Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaats« wurde als »Hauptursache für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten im 20. Jahrhundert« zitiert. Begründung: »Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts« habe eine Perversion des Nationalismus stattgefunden, der sich seitdem von einer politischen Bewegung zu einer Ideologie des gegenseitigen Ausschlusses entwickelt habe: »Die Zugehörigkeit zu einer Nation oder einer ethnischen Gruppe, die sich über die Muttersprache oder die ›Rasse‹ definierte, wurde in dieser Zeit zu einem Abgrenzungskriterium«. Schlecht war also nicht der Nationalismus per se, sondern nur derjenige, der in die Phase der Nationalstaatsbewegungen der Osteuropäer fiel. Deshalb also lagen die »Zonen der Vertreibung im Bereich der 1918 zerfallenden Vielvölkerreiche, der neuen und umstrittenen Grenzziehungen, der Gebiete mit ethnischer Mischbevölkerung«. Die eigentlichen Opfer der Großmachtbestrebungen Deutschlands werden so implizit in eine Täterrolle gedrängt. Deshalb lag es für die Ausstellungsmacher/innen auch nahe, die Minderheitenkonflikte in der Zwischenkriegszeit als »kalte Vertreibung« der Deutschen zu deuten. Im Hinblick auf Polen und Tschechien wurde von »Repressionen« und »Benachteiligung« gegen die deutschen Minderheiten gesprochen. Im Geschichtsbild von *Erzwungene Wege* übten sich die deutschen Minderheiten währenddessen in »interkultureller Kompetenz« – schließlich hatten die »Ostdeutschen eine sieben-, achthundertjährige eigenständige kulturelle Identität und Erfahrungen im Neben- und Miteinander mit slawischen, madjarischen, baltischen oder rumänischen Nachbarn«. Keine Erwähnung fanden indes die Wahlerfolge der NSDAP. Wenn überhaupt, dann war auf verharmlosende Weise davon die Rede, dass »die von Konrad Henlein geführte nationalsozialistische Sudetendeutsche Partei die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen als antitschechisch und Hitler-freundlich diskreditiert« habe.

Im Geschichtsverständnis des *Zentrums gegen Vertreibungen* machen die durch einen übersteigerten Nationalismus verursachten Konflikte das 20. zu einem Jahrhundert der Vertreibungen, das mit dem Völkermord an den

Armeniern beginnt. Wie Micha Brumlik analysiert, wird durch den Bezug auf die Armenier »die Thematik des Genozids zum Hauptthema des Zentrums gegen Vertreibungen gemacht, um damit unausgesprochen zu insinuieren, dass die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen auch ein Genozid gewesen sei.« Ob es sich um Krieg, Minderheitenkonflikte, NS-Germanisierungspolitik oder den Genozid an den europäischen Juden handelt – die historischen Ereignisse werden als »Fallbeispiele von Flucht und Vertreibung« ins Geschichtsbild integriert.

Profitieren konnte *Erzwungene Wege* von der Tatsache, das zeitgleich und nur wenige Meter vom Ausstellungsort entfernt, die Schau *Flucht, Vertreibung, Integration* des Bonner Hauses der Geschichte gezeigt wurde. Unklar ist, inwieweit diese Konstellation Resultat strategischer Bemühungen seitens des BdV bzw. von Kulturstaatsminister Bernd Neumann war, der das Zentrumsprojekt unterstützt und zu gern gesehenen Rednern bei BdV-Veranstaltungen gehört. Die Stiftungsvorsitzende Steinbach jedenfalls sprach in diesem Zusammenhang von einem »Glücksfall«. Beide Ausstellungen, so Steinbach, könnten »wesentliche Elemente für ein qualitativvolles Dokumentationszentrum in Berlin« sein. Diese Einschätzung teilte Neumann, der anlässlich der Ausstellungseröffnung von *Flucht, Vertreibung, Integration* darauf hinwies, dass die »Initialzündung zu dieser Ausstellung von meiner Kollegin Erika Steinbach [kam]«.

Den Erfolg von *Erzwungene Wege* versuchte das *Zentrum gegen Vertreibungen* drei Jahre später mit der Ausstellung *Die Gerufenen* zu wiederholen. Wieder im Kronprinzenpalais gezeigt und durch das gleiche Kurator/innenteam gestaltet, wollte das *Zentrum gegen Vertreibungen* diesmal 800 Jahre deutsche Siedlungsgeschichte »von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und vom Böhmerwald bis zum Kaukasus« zeigen. Es war eine sehr friedvolle Geschichte der Deutschen in Osteuropa – aber eine, die ebenfalls Lücken aufwies. »Aus pragmatischen Gründen« habe man sich auf Gebiete beschränkt, »die niemals zu einem deutschen Nationalstaat gehört haben«, so der Kurator Wilfried Rogasch. Damit aber gerieten Regionen wie Westpolen aus dem Blick, in denen die »deutsche Siedlung« ziemlich brutal vonstatten gegangen war. Von politischen Auseinandersetzungen schwieg die



Ausstellung lieber. Die Darstellung endete mit dem Jahr 1914 – bevor die deutsche »Volkstumspolitik« ihren Höhepunkt erreichte.

Die Funktion solcher Leerstellen wird in den Ausführungen Steinbachs anlässlich der Eröffnung deutlich: »Nicht wenige Menschen in Deutschland glauben, dass die hier heute lebenden Vertriebenen mit Feuer, Schwert und Hitlers Panzern ihre Heimat gewaltsam erobert haben. Wir zeigen, dass es sich um eine friedliche Besiedlung handelte.« Wenn, so das Kalkül, die deutsche Ostsiedlung als gewaltloser Prozess im öffentlichen Bewusstsein erst verankert ist, dann kann vom Nationalsozialismus gleich ganz geschwiegen werden.

Bernd Neumann sagte in seiner Eröffnungsrede, die Ausstellung erinnere »an die guten Zeiten des Zusammenlebens« und leiste damit einen »Beitrag zum Dialog und zum friedlichen Miteinander in Europa«. Laut Konzeptpapier des Kulturstaatsministers soll »die Jahrhunderte währende Siedlungs- und Kulturgeschichte der Deutschen« in Osteuropa übrigens Bestandteil des Sichtbaren Zeichens sein. Trotz mangelndem Publikumserfolg passt also *Die Gerufenen* gut ins Programm.

Katharina Zeiher

Die Kataloge beider Ausstellungen sind auf der Website des *Zentrums gegen Vertreibungen* unter www.z-g-v.de abrufbar

FLUCHT UND VERTREIBUNG ALS TABU?

ÜBER DIE GEGENWÄRTIG 1500 VERTRIEBENENDENKMÄLER IN DER BUNDESREPUBLIK

●●● Als Ende 2008 von der Großen Koalition das Gesetz zur Errichtung der Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* verabschiedet wurde, mit der ein »sichtbares Zeichen« gegen Vertreibungen in Berlin verwirklicht werden soll, hieß es von politischer Seite, damit werde »ein lange tabuisiertes Kapitel« öffentlich aufgearbeitet und die Vertreibung der Deutschen kehre ins öffentliche Bewusstsein zurück. Immer wieder war in der vorangegangenen langjährigen Diskussion um ein *Zentrum gegen Vertreibungen* damit argumentiert worden, dass es in Deutschland bislang keinen Ort des Gedenkens gäbe, an dem an die Flucht und Vertreibung von Deutschen am Ende und im Gefolge des Zweiten Weltkrieges öffentlich erinnert werde. Erika Steinbach, die maßgebliche Initiatorin des Zentrumsprojektes, sprach 1999 von einem »Leichentuch des Schweigens«, das über »das Vertreibungsverbrechen an Deutschen« gelegt worden sei.

In einem gewissen Widerspruch dazu verweist die BdV-Vorsitzende in einer aktuellen Dokumentation des Verbandes auf »eine vieltaligartige und beeindruckende Gedenkstättenlandschaft für diesen Teil deutscher Geschichte«¹ Der BdV zählt in seiner (erklärtermaßen unvollständigen) Dokumentation etwa 1500 Vertriebenenendenkmäler in Deutschland auf. Die Existenz dieser großen Zahl an öffentlichen Gedenkorten zeigt, dass Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik keineswegs ein Tabu gewesen sind, sondern stets einen Platz in der kollektiven Erinnerung hatten.

In der Bundesrepublik wurden kontinuierlich Vertriebenenendenkmäler errichtet. Sie erlebten ihre erste Hochzeit in den 1950er Jahren. Nachdem eine gewisse Sättigung erreicht war, und weil sich auch der gesamtgesellschaftliche Diskurs langsam veränderte, ging in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten die Zahl neu errichteter Denkmäler zurück. Ein neuer Denkmalboom setzte in den 1980er Jahren ein, in denen mehr Denkmäler gebaut wurden als in den beiden Vorjahrzehnten zusammen – wohl infolge der

»geistig-moralischen Wende« der Kohl-Regierung, die sich auch in der finanziellen Förderung der Vertriebenenverbände niederschlug. Auch in den 1990er und 2000er Jahren wurden stetig neue Denkmäler errichtet – nun auch in den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten eine öffentliche Erinnerung an Flucht und Vertreibung kaum möglich gewesen war.

Gerade in der Frühzeit der Bundesrepublik dienten Vertriebenenendenkmäler zunächst dem religiös motivierten Totengedenken, indem sie als Ersatzorte für die zurückgelassenen Gräber und Friedhöfe in der alten Heimat fungierten, als Gedenkorte für die während der Flucht und Vertreibung ums Leben gekommenen oder auch für die als Soldaten gefallenen Angehörigen. »Volkskundler/innen« konstatierten in den 1950er Jahren einen regelrechten »Totenkult« der Vertriebenen, der sich in der Errichtung von zahlreichen Denkmälern bemerkbar machte. Diese Gedenkorte für die Vertriebenen waren nicht nur Orte, an denen der Toten gedacht wurde, sondern darüber hinaus Repräsentationen des Verlorenen generell. Hier konnten die Vertriebenen sich all dessen vergegenwärtigen, was durch Krieg, Flucht und Vertreibung abhanden gekommen war und »die Heimat« fortan konstituierte: den materiellen Besitz, den sozialen Zusammenhang, das Vertrautsein mit der Umwelt – letztlich eines scheinbar heilen Zustands, der für immer verloren gegangen schien.

Daneben hatten die frühen Vertriebenenendenkmäler eine soziale Funktion. Sie dienten der Integration und der »Beheimatung« in der neuen Lebenswelt im Westen. Indem die Vertriebenen sich öffentliche Orte der Trauer und der Verlustbewältigung schufen, nahmen sie vom öffentlichen Raum Besitz, prägten ihn mit und wurden so zumindest symbolisch Teil der ansässigen Gesellschaft. Die Einweihungen und regelmäßig stattfindenden Gedenkfeiern boten zudem der Aufnahmegesellschaft Gelegenheit, ihre Bereitschaft zur Eingliederung der Vertriebenen öffentlich zu demonstrieren. Heute gelten Denkmäler

den Nutzer/innen und Befürworter/innen oft als Anerkennungsgesten für gelungene Integration.

Schon früh wurden Vertriebenen Denkmäler aber auch zu Orten politischer Bekenntnisse und Forderungen, insbesondere im Hinblick auf die Revision der neuen deutschen Ostgrenze. Viele Denkmäler, vor allem die der 1950er und 1960er Jahre, bringen dies schon in ihren trutzigen Ausgestaltungen und den Inschriften unmissverständlich zum Ausdruck. Die Denkmäler waren in der Zeit des Kalten Krieges prominente Orte politischer Demonstrationen, auf denen mittels der Inschriften, der verwendeten Motive und Formen der Revisionsgedanke gepflegt und verbreitet wurde. Bis heute wird auf Vertriebendenkmälern ein oftmals diffuser deutscher »Ostraum« konstruiert, dessen Grenzen bewusst nicht festgelegt werden und nicht selten über die des Jahres 1937 noch weit hinausgehen.

Von Beginn an dienten Vertriebenen Denkmäler auch der Selbststilisierung als Opfer. Bis heute werden insbesondere religiöse Symbole dazu verwendet, den Opferstatus der Vertriebenen zu versinnbildlichen. Die Verankerung des Leids der Vertriebenen im allgemeinen Bewusstsein der Deutschen scheint in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen zu haben, je mehr das Motiv der territorialen Revision der Ostgrenze abgenommen hat. Dabei geht es zum einen um das Verhältnis der deutschen Aufnahmegesellschaft zu den Vertriebenen und die Anerkennung und

Würdigung ihrer Leiderfahrung. Es geht aber auch um eine nationale deutsche Opferstilisierung in latenter Konkurrenz zu den Opfern der Deutschen zwischen 1933 und 1945. Die große Zahl an Vertriebenen Denkmälern in Deutschland und ihre kontinuierliche Errichtung spiegelt den lange währenden geschichtspolitischen Konsens der bundesdeutschen Gesellschaft wider, die Deutschen selbst vornehmlich als Opfer des Krieges zu erinnern. Diese Opferstilisierung im Zeichen der Opferkonkurrenz befördert dabei die Vermischung und Gleichsetzung der Opfer der NS-Verfolgung, des Krieges und der Kriegsfolgen.

Seit den 1960er Jahren sind Vertriebenen Denkmäler gerade im Hinblick auf ihre deutsche Opfer-Fokussierung mancherorts auch zu umkämpften Orten geworden. Das Bewusstsein für die Problematik dieser Gedenkort und ihre politische Instrumentalisierung ist seitdem gestiegen. Nicht selten sind Vertriebenen Denkmäler heute Kristallisationspunkte der Auseinandersetzung konkurrierender Geschichtsdeutungen und nationaler Identitätskonzepte.

Stephan Scholz

● ● ● ● ●
1 Bund der Vertriebenen (Hg.). Mahn- und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen, Bonn 2008, S. 3. Die Dokumentation wird online fortlaufend ergänzt: www.bund-der-vertriebenen.de/infopool/inmemoriam.php3.

»VIELLEICHT IST DIE TRAUER UM UNSERE TOTEN

IRGENDWANN GRÖßER ALS UNSER HASS«

UNIVERSALISIERUNG DER OPFER IM FILM »DIE FLUCHT«

●●● »Vielleicht ist die Trauer um unsere Toten irgendwann größer als unser Hass« sagt die deutsche Gräfin Lena an einer entscheidenden Stelle des Films *Die Flucht* zu ihrem französischen Zwangsarbeiter François. Auch wenn dieser zunächst Gemeinsamkeiten zwischen sich und seiner »arisch«-adeligen Nutznießerin strikt bestreitet, werden er und mit ihm die Zuschauenden eines Besseren belehrt. Denn am Ende der Flucht sind jegliche Differenzen zwischen Opfern und Täter/innen nivelliert: Wir sind alle Opfer.

Die subtil-perfide Verfilmung des aktuellen deutschen Opferdiskurses *Die Flucht* (Kai Wessel, D 2007) hat einen Nerv getroffen. Dies verdeutlicht nicht zuletzt die hohe Einschaltquote. Mit über 13 Millionen Zuschauenden hat sich *Die Flucht* als »Riesenerfolg für ARD und Arte« erwiesen und war laut ARD-Programmdirektor Günter Struve »der erfolgreichste Film im Ersten Programm seit zehn Jahren.«

In der Forschung herrscht mittlerweile Einigkeit darüber, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung und Erinnerung geschichtlicher Ereignisse in großem Maß von Filmen geprägt wird. Da Filme, wie Michael Elm anmerkt, dazu tendieren, die geschichtliche Faktizität sowie ihre unvermeidlichen Leerstellen mit sinnhaften Geschichten anzufüllen, gilt es zu fragen, welcher Art diese Geschichten sind und ob sie »dazu beitragen, den Faden zur historischen Wirklichkeit zu verstärken oder zu durchtrennen.«¹

Eine Verzerrung der historischen Wirklichkeit zeigt sich in *Die Flucht* sowohl direkt in der Handlung als auch in der Art ihrer filmischen Umsetzung. Die Geschichte ist schnell erzählt: Das Drama beginnt Mitte 1944 in Berlin. Lena Gräfin von Mahlenberg (passend verkörpert von der so unerschrockenen wie integeren Tatortkommissarin Maria Furtwängler) verlässt die Reichshauptstadt, um sich mit ihrem todkranken Vater (Jürgen Hentsch) auf dem bedrohten ostpreußischen Landsitz auszusöhnen. Mit dem Vorrücken der Roten Armee schlägt nun »die Stunde der Frauen«: Die jung unbelastete

Adelige übernimmt die Verantwortung für das Landgut nebst den dort befindlichen Untertanen und Zwangsarbeiter/innen. Gleichzeitig braut sich der love plot zusammen: Bei den Vorbereitungen und auf der Flucht selbst ist die Gräfin auf die Mithilfe des Kriegsgefangenen François (Jean-Yves Berteloot) angewiesen. Entgegen aller Täter/innen-Opfer- sowie Klassen-Gegensätze bahnt sich zwischen ihnen eine verbotene Liebe an. Am Ende der melodramatischen Flucht stranden sie mit ihren Schutzbefohlenen in Bayern. Die gemeinsam durchstandenen Gefahren und nicht zuletzt die Auflösung der alten ständischen und nationalsozialistischen Ordnungen lassen die vertriebene Gräfin und den französischen Zwangsarbeiter, der mittlerweile zum Mitarbeiter des alliierten Kontrollrats avanciert ist, am Ende zusammenfinden. Gemeinsam mit einem auf der Flucht elternlos gewordenen Knaben, der in seiner kindlichen Unschuld den Mythos der Stunde Null symbolisiert, schreiten sie schließlich in eine westeuropäisch geprägte, demokratische Zukunft. Zudem haben am Schluss viele der mit dem NS-Regime verstrickten Nebenfiguren einen Läuterungsprozess durchlaufen und sind zu demokratischen Subjekten geworden. Die Ewiggestrigen hingegen verschwinden aus der Handlung.

Auch in *Die Flucht* lässt sich eine »Vermengung von Individuellem und Kollektivem, von Narrativem und Faktischem, von Interpretation und Wirklichkeit« beobachten, aus der, wie Samuel Salzborn kritisiert, eine »Auflösung der gesellschaftlichen Wahrnehmung von historischer Kausalität« resultiert.² Im Vorspann sucht der Film zunächst, sich als authentische Darstellung von Geschichte zu inszenieren. Beginnend mit stets wiederkehrenden, geradezu ikonischen Propagandabildern von nationalsozialistischen Fackelumzügen und Aufmärschen, soll die folgende Spielfilmhandlung historisch eingebettet werden: Nicht nur, dass hier nationalsozialistischen Propagandabildern ein dokumentarischer Status zugewiesen wird; in Bild und Ton wird

der Fokus auf Hitler verengt. Formulierungen wie »von Hitler entfachter Vernichtungskrieg« unterstellen, dass der »Führer« und eine kleine Gruppe ranghoher Nazis alleine die Schuld für Vernichtungskrieg und Holocaust tragen. So wird die Verantwortung der deutschen Bevölkerung ausgeblendet. Dieses von Schuldabwehr geprägte Geschichtsbild entspricht dem Stand der Fünfzigerjahre. Auch die Rede vom »weitgehend vom Krieg verschonten Ostpreußen« trägt dazu bei, die dort ansässige deutsche Zivilbevölkerung als Opfer von Nazis und Alliierten erscheinen zu lassen. Wie der Historiker Heinrich Schwendemann hingegen nachgewiesen hat, war das ehemalige Ostpreußen »eine der Bastionen des Nationalsozialismus«.

Die Erzählung folgt einem Countdown. Unaufhaltsam läuft die Zeit bis zur Katastrophe, deren Eintreten den Zuschauenden, im Gegensatz zu den arglosen Identifikationsfiguren, bewusst ist.

Die Wahl eines Handlungszeitraums am Ende des Krieges hat zur Folge, dass sich nur als fanatische Nazis dargestellte Nebenfiguren noch nicht vom »untergehenden« NS-Regime abgewandt haben. Haupt- und Identifikationsfigur Gräfin Lena wird als unschuldiges Opfer aufgebaut: Bereits in der ersten Sequenz bekundet sie ihre Distanz zum NS-Regime: »Die Nazis hatten mittlerweile vierzig Staaten in den Krieg getrieben. Die Auswirkungen davon schlugen jetzt mit voller Wucht auf uns zurück.«³ Dieser Gegensatz zwischen der von der Heldin verkörperten Zivilbevölkerung und den Nazis durchzieht den gesamten Film wie ein roter Faden. Rückblenden, durch die das Handeln der Adelligen während anderer Phasen des Nationalsozialismus hätte thematisiert werden können, werden konsequent vermieden. Wie hat Gräfin Lena als Lehrerin im nationalsozialistischen Deutschland agiert? Wie verhielt sie sich etwa in dieser Funktion zur nationalsozialistischen Rasseideologie und der Ausgrenzung jüdischer Schüler/innen?

Ein zentraler Aspekt dieser Inszenierung von Unschuld ist die Kategorie Geschlecht: Hilfsbereit, einfühlsam und aufopferungsvoll steht Lena für ein moralisches Gewissen, das über vermeintliche weibliche Tugenden vermittelt ist. Auf diese Weise wird eine Grenze zu den uniformierten männlichen Nationalsozialisten und dem zuweilend auftauchenden Schreckensbild der »abnormen« Weiblichkeit der NS-Täter-

innen aufgebaut.⁴ Indem Lena gleichzeitig als Stellvertreterin der Zuschauenden fungiert, erfüllt das von ihr verkörperte Weiblichkeitstereotyp eine entlastende Funktion.

Ein weiteres Beispiel für Lenas »Unbeflecktheit« wird in einer späteren Sequenz geboten: Auf dem väterlichen Gut rettet sie heldinnenhaft zwei Zwangsarbeiter vor der Erschießung durch die Gestapo, nachdem diese von einem fanatisierten Hitlerjungen wegen Mundraub denunziert worden waren. Tapferkeit und paternalistische Fürsorgementalität des preußischen Adels werden hier gegen die Menschenverachtung der uniformierten Nazis gestellt, während François, inoffizieller Sprecher der Zwangsarbeiter/innen, vollkommen machtlos ist. Bei dieser und weiteren Bewährungsproben wird auch er von Lenas Integrität überzeugt, was die beiden nach heftigen Konflikten zusammenführt. Gemeinsam mit einigen russischen und polnischen Zwangsarbeiter/innen steht in dem »judenfreien« Film vor allem der französische Kriegsgefangene François stellvertretend für alle Opfer der nationalsozialistischen Rasse- und Eroberungspolitik. Indem er die adelige »gute Deutsche« liebt und anerkennt, ist das Versöhnungswerk vollbracht – und damit die Nivellierung von Opfern und Täter/innen. Dies funktioniert umso besser, als der Holocaust und die weiteren nationalsozialistischen Massenverbrechen ausgeblendet werden. Schlussendlich dürfen wir erleben, dass Lenas eingangs formulierte Hoffnungen weit übertroffen werden. Denn nicht nur »vielleicht« und nicht allein die Trauer um die gemeinsamen Toten überwindet unseren Hass. Sondern Liebe und Versöhnung obsiegen und wiegen uns in der Gewissheit, dass wir in der dunklen Zeit alle Opfer waren.

Dagi Knellessen / Julia Stegmann



1 Michael Elm: Zeugenschaft im Film: Eine erinnerungskulturelle Analyse filmischer Erzählungen des Holocaust. Berlin 2008, S. 43.

2 Salzborn 2002.

3 Auffällig ist, dass die TV-Version aus der dieses Zitat stammt, für die DVD-Version leicht überarbeitet wurde. Dort heißt es nun »Wir hatten der Welt den Krieg erklärt«.

4 Vgl. Silke Wenk, »Expositionen des Obszönen: zum Umgang mit dem Nationalsozialismus in der visuellen Kultur«, in: Elke Frietsch/Christina Herkommer (Hg.), Nationalsozialismus und Geschlecht: Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, »Rasse«, und Sexualität im »Dritten Reich« und nach 1945, S. 70–85.

WEBSEITEN

- Aufruf »Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs«
www.vertreibungszentrum.de/
- Museum des Zweiten Weltkriegs, Gdańsk
www.muzeum1939.pl/
- Zentrum für Historische Forschung, Polnische Akademie der Wissenschaften, Berlin
www.cbh.pan.pl/
- Zeitgeschichte-online, Thema: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Januar 2004

www.zeitgeschichte-online.de/md=Vertreibung-Inhalt

- Texte von Eva Hahn
www.bohemistik.de/evahahn/
- Texte von Samel Salzborn
www.salzborn.de/
- »Das stimmt hinten und vorne nicht«. Interview mit dem Historiker Heinrich Schwendeman
www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/600861/

LITERATUR

- Madlen Benthin: *Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa: deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich*. Hannover 2007.
- Wolfgang Benz (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt/Main 1985.
- Micha Brumlik: *Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen*. Berlin 2005.
- Noam Chomsky: *Historical Revisionism*. 31. März 1992 (www.chomsky.info/letters/19920331.htm).
- Ingo Haar: »Bevölkerungsbilanzen« und »Vertreibungsverluste«. *Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Opferangaben aus Flucht und Vertreibung*, in: Josef Ehmer (Hg.): *Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem »Dritten Reich«*. Wiesbaden 2007.
- Isabel Heinemann (Hg.): *Wissenschaft – Planung – Vertreibung: Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 2006.
- Andreas F. Kellat: *Von der Täter- zur Opfernation? Die Rückkehr des Themas »Flucht und Vertreibung« in den deutschen Vergangenheitsdiskurs bei Grass und anderen*, in: TRIANGULUM. Germanistisches Jahrbuch für Estland, Lettland und Litauen, Zehnte Folge (2003/04). Riga und Bonn 2005, S. 132–147.
- Bettina Mihr: *Wund-Male. Folgen der »Unfähigkeit zu trauern« und das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen*. Gießen 2007.

- Kurt Nelhiebel: *Die Entkopplung von Krieg und Vertreibung. Zu Manfred Kittels Deutung der jüngeren europäischen Geschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Heft 58 (1/2010), S. 54–69.
- Samuel Salzborn: *Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände*. Berlin 2000.
- Samuel Salzborn: *Kollektive Unschuld. Anmerkungen zu Funktion und Intention der neuen Debatte um Flucht und Vertreibung*. Zuerst erschienen 2002. (www.sopos.org/aufsaeetze/3d18db8cdf4b8/1.phtml)
- Stephan Scholz: »Opferdunst vernebelt die Verhältnisse« – *Religiöse Motive in bundesdeutschen Gedenkorten der Flucht und Vertreibung*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte* Bd. 102 (2008), S. 287–313.
- Stephan Scholz: »Heute erinnert nichts mehr daran«? – *Vertriebenen Denkmäler und Denkmalinitiativen in Oldenburg 1951–2008*, in: *Oldenburger Jahrbuch* Bd. 109 (2009).
- Thomas Strobel (Hg.): *Das Thema Vertreibung und die deutsch-polnischen Beziehungen in Forschung, Unterricht und Politik*. Hannover 2008.
- Bozena Szaynok: *Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung. Ost- und Mitteleuropa 1939–1959*. Augsburg 2009.
- Zentrum für historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Hg.): *1. September 1939–2009. Ein deutsch-polnischer Erinnerungsort?* (www.cbh.pan.pl/images/stories/pliki/pdf/Publikacje/broszura_1939_2009_dodatek.pdf)

KNOW YOUR ENEMY

- (Vorläufige) Website der Stiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung*
www.sfvv.de/ bzw. www.dhm.de/sfvv/
- Website der Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen*
www.z-g-v.de
- Website des BdV
www.bund-der-vertriebenen.de/

- Bund der Vertriebenen (Hg.): *Mahn- und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen*. Bonn 2008 (*www.bund-der-vertriebenen.de/infopool/inmemoriam.php3*).
- Bund der Vertriebenen (Hg.): *Mit Menschenrechten Europa vollenden. Tag der Heimat 2003*. Bonn 2003.
- Bundesgesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (so genanntes Bundesvertriebenengesetz, BVFG) (*http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bvfg/gesamt.pdf*).
- Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Deutsches Historisches Museum« [Darin ist die Einrichtung der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« geregelt] (*www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/dhmg/gesamt.pdf*).
- Eugen Lemberg: *Geschichte des Nationalismus in Europa*. Stuttgart 1950.
- Erika Steinbach: *Mit Menschenrechten Europa vollenden. Tag der Heimat 2003*, hg. v. Bund der Vertriebenen / Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V., Bonn 2003.
- Statistisches Bundesamt (Hg.). *Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50*. Stuttgart 1958.

[HTTP://AGI.BLOGSPORT.DE/](http://agi.blogspot.de/)